

## **Rede zur Erbschaftsteuer** (Plenarsitzung vom 12.11.2008)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die NRW-Regierungskoalition ist chaotisch, die SPD unsozial. Das zeigt diese Reform. Reiche bleiben reich. Das ist die Konsequenz Ihrer Erbschaftsteuerreform, die Sie in Berlin gemacht haben. Ohne eigene Leistung entscheidet auch zukünftig die Geburt in die richtige Familie, ob jemand arm oder reich ist, und zwar dauerhaft.

Von CDU/CSU war ehrlich gesagt nichts anderes zu erwarten. Die Rolle der SPD zeigt aber, wie unsozial sie in Berlin agiert. Ich bin wirklich ein bisschen verwundert darüber, dass Sie das auch noch hier im Landtag dokumentieren und zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht haben.

Der finanzpolitische Skandal geht zulasten der Länder und damit auch Nordrhein-Westfalens.

Als der Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuss damals erklärt hat, er wolle eine aufkommensneutrale Erbschaftsteuer, habe ich sehr deutlich gesagt, dass es nicht das Ziel Nordrhein-Westfalens sein könne, zu einer solchen Erbschaftsteuerreform zu kommen. Andere Länder wie zum Beispiel Frankreich weisen den Weg. Würde man bei uns die Besteuerung aus Frankreich zugrunde legen, wären 12 Milliarden € das Ergebnis. Andere Länder wie zum Beispiel die USA, die wesentlich höhere Raten haben, zeigen, dass man in der Erbschaftsteuerreform eine andere Politik betreiben kann.

Wir als Linke lehnen deshalb die rot-schwarzen Pläne einer weiteren steuerlichen Entlastung von Verwandtenmillionenerben ab. Trotz jährlicher Erbschaften von 150 Milliarden € wirft diese Steuer gerade einmal 4 Milliarden € Steuereinnahmen ab. Dazu kommt, dass Erben heute schon höchst unterschiedlich behandelt werden: Während Ehegatten und -gattinnen einen Freibetrag von mehr als 500.000 € beanspruchen können, sind für nicht verheiratete Lebenspartnerinnen und -partner gerade einmal 5.200 € steuerfrei.

Mit seinen Plänen verschärft Rot-Schwarz diese Ungerechtigkeit und die Verteilung von unten nach oben. Ohne Not ist die SPD auf die Forderungen von CDU und CSU eingegangen. Der Kompromiss der Großen Koalition zur Erbschaftsteuer ist die Fortsetzung einer

Umverteilungspolitik von unten nach oben. Zu Recht wird dies kritisiert, denn die Regierung Merkel hat es erneut versäumt, die sich immer weiter öffnende Schere bei der Einkommens- und Vermögensverteilung wenigstens ein Stückweit zu schließen.

Seit Jahren sinken oder stagnieren Reallöhne, Renten und soziale Leistungen. Der jährliche Reichtumszuwachs der Volkswirtschaft kommt seitdem alleine Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugute. Rund 70 % aller Bundesbürger haben praktisch kein Vermögen, kein Geld, keine Aktien, keine Immobilien. Deswegen ist diese Erbschaftsteuerreform so völlig unerträglich und kann natürlich in keiner Weise dazu beitragen, dass die Länderhaushalte tatsächlich gestützt werden.

Angesichts der Finanzkrise – 480 Milliarden € sind bereitgestellt worden – hätte ich erwartet, dass die Reichen wenigstens einen Teil dazu beitragen, dass die Haushalte zukünftig wieder Mehreinnahmen haben. Das haben Sie versäumt. Sie haben eine völlig unsoziale Politik gemacht. Das muss man leider auch der SPD vorwerfen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die SPD-Fraktion bittet Herr Kollege Peschkes um das Wort.